



MEIN TRANSATLANTISCHER DIALOG WOLFGANG SEIBEL

Geboren 1953; 1972–77 Studium der Politischen Wissenschaft und Germanistik, Universitäten Gießen und Marburg; 1978–79 Studium der Verwaltungswissenschaften, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer; 1982 Promotion zum Dr. rer. pol., Gesamthochschule Universität Kassel; 1988 Habilitation für das Fach Politikwissenschaft, Gesamthochschule Universität Kassel. 1979–89 zunächst Wissenschaftlicher Angestellter, dann Hochschulassistent an der Gesamthochschule Universität Kassel; 1988–89 Heisenberg-Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft; seit 1990 Professor für Politik- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz. Gastprofessor am Institut für Höhere Studien, Wien (1992) und an der University of California at Berkeley (1994). Temporary Member der School of Social Science (1989/90) und der School of Historical Studies (2003) des Institute for Advanced Study, Princeton. Publikationen: „Verfolgungsnetzwerke: Zur Messung von Arbeitsteilung und Machtdifferenzierung in den Verfolgungsapparaten des Holocaust.“ (mit J. Raab). *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 55 (2003). *Networks of Nazi Persecution: Business, Bureaucracy, and the Organization of the Holocaust* (hrsg. mit G. D. Feldman, 2005). *Verwaltete Illusionen: Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger* (2005). – Adresse: Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz, Universitätsstraße 10, 78457 Konstanz.

Am Abend des 5. August 2004 machte ich meine erste Bekanntschaft mit dem märkischen Sand. Den kannte ich bis dahin nur vom Hörensagen. Die Sandwege um die Villa Walther sind grobkörnig, mit kleinen Kieseln vermischt. Der natürliche Feind aller Rollkoffer-

kugellager. Selbst die von Herrn Riedel für unsere Umzugskisten bereitgestellte Sackkarre stieß auf diesem Grund an ihre Grenzen.

Wir waren also Frühankömmlinge: Christiane, nach der Nomenklatur des Wissenschaftskolleg mein *spouse*, Verena, Leonie und Alexander. Wer in Deutschland Kinder im schulpflichtigen Alter hat und mobil ist, erlebt den Föderalismus in einem Reservat, wo er noch Vielfalt statt Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse produziert. Schon in der zweiten Augustwoche begann in Berlin die Schule, was die Ferien unserer Kinder um mehr als vier Wochen verkürzte, unseren Aufenthalt am Wissenschaftskolleg aber um nahezu zwei Monate verlängerte. Als Anfang Oktober das Gros der Fellows eintraf, fühlten wir uns bereits als Veteranen. Für die Mitarbeiter des Wissenschaftskollegs – vor allem für Monika Fogt, die die Belegung der Appartements steuert, und Martin Garstecki, der die Fäden zu Kindergärten und Schulen für die Fellow-Kinder knüpft – bedeutet die Abweichung des Schuljahres vom akademischen Jahr eine besondere Herausforderung, die mit Flexibilität und geräuschloser Effizienz bewältigt wird. Die unter den Füßen und unter den Rollkofferrollen bedrohlich knirschenden Sandwege der Villa Walther und das geschmeidig arbeitende Getriebe der Wissenschaftskollegadministration bildeten für mich einen eigentümlichen Kontrast.

Auch das Wissenschaftskolleg ist jedoch machtlos gegenüber dem besonderen Umgang, den die Deutschen, nun wiederum einheitlich und bundeslandübergreifend, mit Beruf und Familie pflegen, vor allem, wenn beide miteinander in Einklang zu bringen sind. Zweimal schon waren wir mit unseren Kindern aus ähnlichem Anlass wie nun in Berlin in den USA gewesen, von denen sich der linke Teil der politischen Klasse Westeuropas neuerdings gerne wieder im Zeichen eines „europäischen Gesellschaftsmodells“ abgrenzt. Aber unser amerikanisches Alltagsleben war entspannt und erfrischend, weil es Schulbusse gab, die die Kinder am frühen Morgen fast vor der Haustür abholten und am Nachmittag nach Hause zurückbrachten. Selbstverständlich hatten die Kinder in der Schule ein warmes Mittagessen gehabt. Im deutschen Gesellschaftsmodell dagegen sind berufstätige Eltern mit schulpflichtigen Kindern nicht vorgesehen. Einigermassen fassungslos nahmen amerikanische Kolleginnen und Kollegen auch am Wissenschaftskolleg zur Kenntnis, dass ihre schulpflichtigen Kinder bei Unterrichtsausfall am späteren Vormittag unangemeldet vor der Tür standen. Und dass in Deutschland, diesem Sinnbild des demokratischen Wohlfahrtsstaates, das Produzieren von Volkswagen eine öffentliche Angelegenheit ist, die Verpflegung von Schulkindern während der Mittagszeit aber Privatsache, blieb für etliche Fellows ein Mysterium, über das wir selbst uns schon lange nicht mehr wunderten.

Paradoxien von Lebenswirklichkeit und Wahrnehmungen im transatlantischen Vergleich waren meine eindrucklichsten Erlebnisse am Wissenschaftskolleg. Das betraf folglich auch den Dialog mit den amerikanischen Kolleginnen und Kollegen und, oft genug, deren *wives*. Einer der Gründe war der Gegenstand meiner Forschung, der Holocaust in Westeuropa 1940–44. Auch aus diesem Grund passte ich nach meiner unbescheidenen Wahrnehmung ja gut ans Wissenschaftskolleg: Der Holocaust und die Milderung seiner katastrophalen Folgen auch für das intellektuelle Leben in Deutschland war einer der wichtigsten Impulse zur Gründung des Kollegs. Aber der Holocaust ist vermutlich auch das wichtigste intellektuelle Bindeglied zwischen den Wissenschaftskulturen der USA, Deutschlands und, natürlich, Israels. Er ist insofern auch in einem recht wissenschaftspraktischen Sinne zentrales Element der transatlantischen Wertegemeinschaft.

Als Fellows des Jahrgangs 2004/05 lebten wir inmitten nachhaltiger Irritationen dieser Wertegemeinschaft. Daraus ergaben sich charakteristische Diskursepisoden, explizite und implizite. Für mich begannen sie mit dem Vortrag, den ich im Rahmen des Dienstagskolloquiums glücklicherweise schon im November hielt. In der Diskussion wurden Parallelen gezogen zwischen den Vernichtungslagern der Nazis und amerikanischen Militärgefängnissen im Irak. Natürlich ließen sich solche Vergleiche leicht zurückweisen, aber sie waren ja auch nicht buchstäblich gemeint, sondern eher ein *cri de cœur* der linken und liberalen amerikanischen Intellektuellen, für die sich der Irak-Krieg des Jahres 2003 als fundamentaler Bruch mit den demokratischen Werten des eigenen Landes darstellt.

Es mag an meiner Begriffsstutzigkeit gelegen haben, aber es dämmerte mir erst allmählich, dass diese Verarbeitung eines politischen Traumas unter den amerikanischen Kolleginnen und Kollegen am Wissenschaftskolleg – freilich gab es Ausnahmen – zu einer Art kompensatorischem Wohlwollen Europa und speziell auch Deutschland gegenüber beitrug, das nun wiederum zu meiner eigenen Wahrnehmung der europäischen und deutschen Zustände in denkbarem Kontrast stand. Europa als hoffnungsvolle Verkörperung des *e pluribus unum*; das zum Nennwert der Chirac'schen und Schröder'schen Rhetorik genommene „Europäische Sozialmodell“ als Verkörperung einer brüderlichen Gesellschaft, die man zu Hause vermisst; das „alte Europa“, wie Phönix aus der Asche aufgestiegen zur Friedensmacht des 21. Jahrhunderts, als Gegenstück zum kriegführenden Heimatland; die friedlichen deutschen Städte, gar eine Millionenstadt wie Berlin, wo man die Kinder unbeaufsichtigt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Schule fahren lassen kann, im Kontrast zu den sozial segregierten und von ghettoisierter Kriminalität heimgesuchten Großstädten der USA – etc. Erst als wir alle schon wieder zu Hause waren, erschien mit

Susan Neimans *Fremde sehen anders* ein Buch, in dem all diese wohlmeinenden Klischees zusammengetragen waren. Der transatlantische Dialog am Wissenschaftskolleg war also weder Zufall noch ideosynkratischer Diskurs unter befreundeten Kollegen gewesen.

Wir waren uns begegnet, wie man sich eben unter zünftigen Intellektuellen so begegnet: im Bestreben, zunächst einmal vor der eigenen Tür zu kehren. Auf dieser Seite des Atlantiks können wir dem Besitzstandswahrungskartell, das über so genannte Selbstverwaltungsorgane die Sozialversicherungen beherrscht, wenig abgewinnen. Wir sehen auch nicht, so hat es der Labour-Premier Tony Blair auf den Punkt gebracht, warum die Produktion von 20 Millionen Arbeitslosen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein erfolgreiches Sozialmodell sein soll. Wir sehen eher, dass es in den Vorständen deutscher Großunternehmen so gut wie keine Frauen gibt, während einige der bedeutendsten amerikanischen Firmen weibliche CEOs haben. Wir wissen – oder vermuten es wenigstens – dass *diversity management* eine amerikanische Erfindung ist, dass es deutschen Unternehmensleitungen dagegen völlig abstrus erscheinen würde, die Gehaltshöhe von Führungskräften vom Anteil der Angehörigen ethnischer Minderheiten, von Schwulen, Lesben und Behinderten in ihren Abteilungen abhängig zu machen (was in amerikanischen Unternehmen zwar nicht die Regel, aber jedenfalls ein anerkanntes Element von *corporate citizenship* ist).

Die größten Wahrnehmungsunterschiede gab es allerdings auf außenpolitischem Gebiet, dort, wo das amerikanische Intellektuellentrauma heute beheimatet ist: Europa, der friedliche Kontinent. Deutschland, aufgestiegen zur moralischen Supermacht durch die Ablehnung des Irak-Kriegs. Diesseits des Atlantiks wurde eher gesehen, dass das friedliche „alte Europa“ den Abbau der Demokratie in Russland, die russischen Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien und die Schauprozesse gegen jüdische Geschäftsleute mit Schweigen begleitet. Oder dass es die Aufhebung eines Waffenembargos gegen die Volksrepublik China ins Auge fasst, während diese per Gesetzesbeschluss Taiwan mit Krieg bedroht. Das war im März 2005. Im Mai folgten die Moskauer Feiern zum 60. Jahrestag des Kriegsendes in Europa. Zum ersten Mal nahm daran ein deutscher Bundeskanzler teil. Er durfte neben dem russischen Präsidenten, seinem persönlichen Freund, in der ersten Reihe sitzen. Einige Reihen hinter ihnen hatte man den Präsident desjenigen Landes platziert, das Deutsche und Russen im September 1939 unter sich aufgeteilt hatten. Welche Gedanken die blendende Laune des russischen Gastgeber und seines deutschen Freundes im polnischen Präsidenten auslösten, ist nicht überliefert.

Dann kam der Juli und mit ihm eine Regierungserklärung des deutschen Kanzlers, die die vorzeitige Auflösung des Bundestages zum Ziel hatte. Der Kanzler betonte die Notwendigkeit einer verlässlichen Außen- und Sicherheitspolitik, er erwähnte in diesem Zusammenhang „die weitere Vertiefung unserer Beziehungen zu Russland und den Ausbau unserer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu China“. Von den USA kein Wort. Ob wir am Mittagstisch darüber gesprochen haben? Ich weiß es nicht mehr. Langsam und knirschend, wie vom märkischen Sand gebremst, näherten sich meine Gedanken der Vorstellung, dass die transatlantische Wertegemeinschaft, wie sie der Zweite Weltkrieg hervorgebracht hatte, vielleicht nur noch in unseren Köpfen existierte.

Oder selbst da nicht mehr? Es ist zu früh, um die Nachhaltigkeit abzuschätzen, mit der die Gefangenemisshandlungen von Abu Ghraib und der Einsatz von Phosphorgranaten im Irak die Glaubwürdigkeit der USA als moralische Führungsmacht des Westens erschüttert haben. Aber diese Glaubwürdigkeitskrise hat „Fenster der Gelegenheit“ geöffnet für politische und ideologische Unternehmer, denen der Zusammenhang zwischen Rechtsstaat, Demokratie und wirtschaftlicher Prosperität ohnehin weniger bedeutet. Der Holocaust ist jedenfalls auch für deutsche Politiker keine praktisch wirksame Mahnung mehr, die Wahrung der Menschenrechte nicht zur Disposition politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit zu stellen. Sicher: Die USA werden dem Abkommen über den Internationalen Strafgerichtshof nicht wieder beitreten, das Bill Clinton bereits unterzeichnet hatte. Aber Deutschland, Frankreich und Großbritannien werden den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union nicht von der Anerkennung des Armenier-Genozids von 1915 abhängig machen, so wie es das Europäische Parlament 1987 gefordert hatte. Und die EU wird weiterhin ihre Südflanke durch autoritäre Staaten in Nordafrika sichern lassen. Etwa durch Marokko, das Migranten aus dem Inneren des Kontinents eingefangen und in der Wüste wieder ausgesetzt hat.

Unser Intellektuellendiskurs aber, das hat mich mein Jahr am Wissenschaftskolleg gelehrt, kann wieder substantieller werden. Vielleicht reden wir bald weniger über Oberflächenphänomene der Politik, weniger über Narratives, Mythen oder Rituale, und wieder mehr über Werte, über Recht und Unrecht, Krieg und Frieden – ein *material turn*, der uns Europäern ebenso gut tun würde wie unseren transatlantischen Freunden.